

BESCHLUSSPROTOKOLL

über die **öffentliche Sitzung des Stadtteilbeirates Osterholz** am

Montag, 27. Januar 2020 um 18.30 Uhr

im Sitzungssaal des Ortsamtes Osterholz, Osterholzer Heerstr. 100, 28325 Bremen.

Sitzungsbeginn: 18.30 Uhr Sitzungsende: 21.00 Uhr

Teilnehmer*innen:

Herr Conreder
Herr Dillmann
Frau Fischer
Frau Haase
Herr Haase
Herr Hohn
Frau Klin Protokollantin
Herr Kocas
Herr Krauskopf
Herr Kuhlmann
Herr Last
Herr Massmann
Frau Osterhorn
Frau Pfeiffer
Herr Schlüter Sitzungsleitung
Frau Schönfelder
Frau Suchopar

entschuldigt:

Frau Sauer
Herr Sporleder

unentschuldigt:

Herr Manno
Herr Minich

Gäste:

Herr Stolle, Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität,
Stadtentwicklung und Wohnungsbau
Herr Haacke, Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa
Herr Ehmke, Gewoba
Herr Schleisiek, Gewoba
Herr Borchard (Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport)
Herr Hausen (Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport)
Frau Schroeder (Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität,
Stadtentwicklung und Wohnungsbau)

Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft: Mustafa Güngör (SPD) und Claas Rohmeyer (CDU), Quartiersmanager Osterholz: Herr Kunold, Frau Arslan in Vertretung für Frau Höpker

ca. 15 Bürger*innen, einige neue und ehemalige sachkundige Bürger*innen der Beirates Osterholz, Frau Warfelmann (Revierleiter Revier Osterholz), Herr Bülow (Revierleiter Revier Hemelingen), Osama Solaiman (JUBEO Osterholz), Simge Kaynakci (JUBEO Osterholz) Vertreter des ADFC-Ost, Herr Holthaus (Presse), Herr Hagemann (NBB), Hr. Irmer (BORIS Redaktion)

Herr Schlüter begrüßt die Mitglieder des Beirates, die Abgeordneten, die anwesenden Bürger*innen, die Vertreter*innen der Behörde.

Der Beirat ist beschlussfähig.

Die Tagesordnung wurde einstimmig wie folgt beschlossen:

1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.12.2019 (ca. 5 Min.)
2. Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger (ca. 15 Min.)
3. Wahl eines stellvertretenden Beiratssprechers / stellvertretenden Beiratssprecherin (ca. 5 min)
4. Stand der Überarbeitung des Nahversorgungskonzeptes Bremen-Osterholz unter spezieller Berücksichtigung des Ortsteiles Tenever. (ca. 45 min)
Hierzu angefragt:
 - Herr Stolle, Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau
 - Herr Haacke, Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa
 - Herr Ehmke, Gewoba
 - Herr Schleisiek, Gewoba
5. Sachstand zum Fortbestand Wohnen in Nachbarschaften (WiN) in Tenever und Schweizer Viertel und insbesondere für Blockdiek unter Berücksichtigung des neuen Evaluationsberichtes, Angefragt: (ca. 30 min)
 - Herr Hausen (Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport)
6. Anträge (ca. 10 min)
7. Mitteilungen des Ortsamtes (ca. 5 min)
8. Verschiedenes (ca. 5 min)

Zu TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.12.2019

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 09.12.2019 wurde einstimmig genehmigt.

Zu TOP 2 Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger Ein Bürger

Herr Öztürk informiert die Anwesenden darüber, dass er und Herr Tachtsidis seit November 2019 für das Bundesprojekt „Verbraucher stärken im Quartier“ in der St. Gotthard-Straße 33 tätig sind. Das Projekt hat eine Laufzeit von insgesamt 3,5 Jahren. Im Rahmen des Projektes bieten beide eine offene Sprechstunde an.

Herr Hagemann (NBB) hat einige Nachfragen zum Bau des Windkrafttrades am Bultensee und fragt den Beirat, ob er davon Kenntnis hat. Derzeit wird aktiv an der Baustelle gearbeitet, es erfolgt eine Schuttanlieferung von insgesamt 200 Tonnen, der Sockel soll größer gebaut werden, als ursprünglich geplant. Der Beirat und auch die anwesenden Fachausschussmitglieder Bau/Verkehr haben über diese Änderungen etc. keinen Kenntnisstand. Das Ortsamt wird bei der Behörde nachfragen. Weiterhin fragt Herr Hagemann an, warum die Bäume an der Autobahn (Bultensee) gerodet worden sind und wann die Ersatzpflanzungen für die im letzten und vorletzten Jahr gerodeten Bäume stattfinden. Auch das wird das Ortsamt bei der Behörde anfragen.

Eine Bürgerin informiert darüber, dass an der Schevemoorer Landstraße 28-30 alle Pfähle über Nacht entwendet worden sind. Die Pfähle sind an dieser Stelle allerdings notwendig und es müsste für Ersatz gesorgt werden. Frau Warfelmann wird den Sachstand aufklären.

Weiterhin fragt die **Bürgerin** an, wofür das Schild „Achtung Kinder“ an der Schevemoorer Landstraße (Höhe Lidl) gut ist. Herr Dillmann informiert darüber, dass das Thema bereits im Fachausschuss Bau, Verkehr, Umwelt, Klimaschutz und Stadtteilentwicklung besprochen wird. Der Fachausschuss hätte aufgrund der vielen Straßenüberquerungen (auch von Kindern- Schulweg) einen Zebrastreifen, der allerdings nach Prüfung vom Amt für Straßen und Verkehr die Voraussetzungen für einen Zebrastreifen nicht erfüllt. Der Fachausschuss wird sich aber weiterhin dieser Sache annehmen.

Herr Hagemann (NBB) fragt an dieser Stelle an, wie mit den zu schnelleren PKWs an der Schevemoorer Landstraße umgegangen werden soll und ob die Geschwindigkeitsmesstafel schon einmal ausgewertet worden ist. **Herr Dillmann** berichtet darüber, dass auch diesbezüglich der o.g. Fachausschuss in Gesprächen mit der Behörde/Verkehrspolizei ist. Die bereits stattgefundenen Auswertung begründet allerdings nicht, dass an dieser Stelle ein Zebrastreifen aufgrund erhöhter Geschwindigkeit erforderlich ist.

Herr Schlüter spricht die Namensnennung auf dem Ellener Hof an und erläutert dem betroffenen Bürger die Vorgehensweise. Weiterhin informiert Herr Schlüter darüber, dass ein Bürgerantrag kein Recht auf öffentliche Diskussion begründet.

Zu TOP 3 Wahl eines stellvertretenden Beiratssprechers / stellvertretenden Beiratssprecherin

Auf Vorschlag von Frau Osterhorn (SPD) und Herrn Hohn (CDU) wurde Jörn Krauskopf (CDU) vorgeschlagen. Auf Vorschlag von Frau Schönfelder (Grüne) wurde Ralf Dillmann (Grüne) vorgeschlagen. Auf die geheime Abstimmung entfielen auf Herrn Dillmann sechs Stimmen und auf Herrn Krauskopf neun Stimmen. Somit wurde Herr Krauskopf mehrheitlich zum stellvertretenden Beiratssprecher gewählt.

Zu TOP 4 Stand der Überarbeitung des Nahversorgungskonzeptes Bremen-Osterholz unter spezieller Berücksichtigung des Ortsteiles Tenever.

Gäste:

- Herr Stolle, Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau
- Herr Haacke, Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa
- Herr Ehmke, Gewoba
- Herr Schleisiek, Gewoba

Herr Schlüter informiert vorab darüber, dass es heute nur um eine Vorstellung des IST-Stands der Überarbeitung des Nahversorgungskonzeptes Bremen-Osterholz geht und der Beirat keinen Beschluss fassen wird.

Herr Stolle führt in die Thematik und in die Geschichte ein (Power Point Präsentation).

Das Zentren- und Nahversorgungskonzept Bremen stammt aus dem Jahr 2009 und wurde nun evaluiert und fortgeschrieben.

Der Einzelhandel wird in drei Sparten unterteilt:

- zentrenrelevantes Sortiment
- nahversorgungsrelevantes Sortiment
- nicht zentrenrelevantes Sortiment

Der Einzelhandel hat sich in ganz Osterholz positiv entwickelt (Bemessungsgrundlage: Einwohnerzahl + Kaufkraft+ Entwicklung der Einwohnerzahl). Jedoch ist allen Anwesenden klar, dass dies für Tenever (Schließung Aldi) nicht zutrifft und hier sich was in Zukunft ändern muss. Das Nordquartier in Tenever wird nicht mit den täglichen Bedarfen versorgt (keine fußläufige Nahversorgung).

Es hat zwei Workshops zu den Fragen

- was ist vorhanden und was fehlt?
- welche Flächen kommen in Frage und welche Flächen passen?
- Struktur und dimensional auch für die Betriebe sinnvoll, damit sie ihr Angebot halten können
gegeben.

Das Ergebnis war, dass das Nordquartier in Tenever ein starkes Defizit an Nahversorgung aufweist und hier ein Vollsortiment geschaffen werden muss. Das Format ist noch unklar. Die Flächen gehören der GEWOBA und sie behält die Fläche auch in ihrem Bestand und wird nicht veräußert, so Herr Corbach von der GEWOBA. Die Fläche steht somit für einen Bau an Nahversorgung zur Verfügung. Herr Ehmke von der Gewoba kann keine genaue Aussage zu der zeitlichen Schiene treffen. Die vordere Fläche an der Otto-Brenner-Allee steht zur Verfügung, der hintere Bereich soll für die Stadtteiler und für die Querbeet Fläche weiterhin bestehen bleiben.

Herr Haase macht deutlich, dass die Angebote sich nicht untereinander (z. B. mit dem Schweizer Viertel) gefährden dürfen.

weiterer Prozess:

- für das Beteiligungsverfahren muss der Beirat Osterholz bis Ende März 2020 eine Stellungnahme abgeben.
- Abwägung der Stellungnahmen und Überarbeitung des Konzepts, erneute Information der Einwander*innen und Beschluss in den Deputationen, Senat und Bürgerschaft

Herr Schlüter bittet die GEWOBA, dass der Beirat/das Ortsamt über die einzelnen Schritte informiert wird.

Zu TOP 5 Sachstand zum Fortbestand Wohnen in Nachbarschaften (WiN) in Tenever und Schweizer Viertel und insbesondere für Blockdiek unter Berücksichtigung des neuen Evaluationsberichtes

Gäste:

- Herr Borchard (Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport)
- Herr Hausen (Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport)
- Frau Schroeder (Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau)

Frau Schröder stellt anhand ihrer Power Point Präsentation das bisherige Monitoring Soziale Stadt, was hat sich geändert und warum und was bedeutet das für den Stadtteil Osterholz, insbesondere für den Ortsteil Blockdiek, vor. Das Monitoring ist bisher in den Jahren 2008, 2010+ 2013, unter Berücksichtigung der Leitindikatoren Transferleistungsbezug (SGB II), Sprachstand und Migrationshintergrund, aufgestellt worden. Geändert haben sich die statistischen Grundlagen (bisher die eben genannten drei Indikatoren, jetzt sind es vier Indikatoren- Cito-Test, Nichtabiturquote, Regelleistungsberechtigte unter 15 Jahren und erwerbsfähige Regelleistungsberechtigte in Relation zum städtischen Durchschnitt) und die räumliche Ebene (bisher hat die räumliche Zuordnung in Baublöcke stattgefunden jetzt erfolgt die Zuordnung in zusätzliche räumliche Ebene „Statistisches Quartier“ zwischen Baublock und Ortsteil). Eine ressortübergreifende AG hat die neuen Indikatoren erarbeitet. Grund für die eben genannten Änderungen waren z. B. das der Indikator Sprachstand nicht mehr erhoben wird, der Migrationshintergrund auf dem Prüfstand steht und aufgrund des Datenschutzes wird es zunehmend schwieriger Daten auf Basis kleiner räumlicher Ebenen zu erheben, die Bundesagentur für Arbeit liefert keine Daten mehr, in denen weniger als 1000 Menschen zuzuordnen sind. Das Statistische Quartier besteht aus zusammengefassten Baublöcken von mind. 1000 Einwohnern. Die Zuordnung zu Baublöcken wird mit den Folien von Frau Schröder sehr gut veranschaulicht, so kann man auch sehen, dass zu dem Baublock Blockdiek auch das Ellener Feld zählt. Auf Nachfrage macht Frau Schröder deutlich, dass, aufgrund der Neuerungen im Monitoring, keine Vergleiche zu den vorherigen Jahren gezogen werden können. Es gibt

keine Grundlage mehr, um sagen zu können, ob sich ein WiN Gebiet verbessert/verschlechtert hat. Das wird an dieser Stelle vom Beirat auch moniert. Wie kann an dieser Stelle dann gesagt werden, dass das WiN Gebiet Blockdiek sozial besser aufgestellt ist. **Herr Hausen** macht deutlich, dass aufgrund der neuen Bemessungsgrundlage und anhand der Ergebnisse Blockdiek besser aufgestellt ist und keine Finanzierung von Projekten mehr über WiN erfolgen kann. Es muss Alternative zu WiN geben. Für 2020 werden die Mittel, wie in 2019, bereitgestellt (haushaltslose Zeit). Derzeit wird geprüft, in welcher „Projektform“ Blockdiek finanziell eingebettet werden kann. Die Idee ist, so Herr Hausen, dass Projekte in eine Regelfinanzierung überführt werden. Es besteht kein Interesse an einem Jo-Jo-Effekt, so **Herr Hausen**. An dieser Stelle machen **Herr Haase und Herr Schlüter** noch einmal deutlich, dass der gesamte Stadtteil Osterholz in den nächsten Jahren einen Anstieg von Kindern/Jugendliche um 25% erfahren wird. Die bereits sehr gut funktionierenden Projekte und Angebote (wie z. B. Quartiersmanager Blockdiek, Mütterzentrum, Jugendtreff Blockdiek) sind nur so erfolgreich, weil hinter den Projekten tolle und engagierte Leute stehen. Mit „nur Geld in die Stadtteile“ geben, erreicht man nicht zwangsläufig gute Projekte etc. Die Bewohner*innen im Stadtteil müssen zum Teil ganz anders „mitgenommen“ werden. Hier bedarf es an mehr Ressourcen (Geld und auch Personal). Eine Verstetigung der Projekte wäre erforderlich (Regelfinanzierung). Es darf keine Reduzierung stattfinden. Herr Dillmann schlägt vor, dass neben der Regelfinanzierung auch ein „Finanzierungstopf für Sonstiges“ bereitgestellt wird, damit z. B. auch Ausflüge organisiert werden können, damit das „WIR-Gefühl“ dadurch gestärkt werden kann.

Frau Schönfelder stellt die Frage in den Raum, warum gewisse Bildungsdaten nicht beim Gesundheitsamt (die Daten werden beim Einschulungstest sowieso abgefragt) nachgefragt worden sind. Der Cito Test ist zu undifferenziert. In der Arbeitsgruppe wurde der Cito Test als Bemessungsgrundlage befürwortet, so **Frau Schröder**.

Der Beirat wird das Thema weiterhin verfolgen und behält sich das Recht vor, das Thema erneut im Beirat zu behandeln.

Zu TOP 6 Anträge

Schließung des Recyclinghofes am Weserpark

Bevor der Antrag von Herrn Haase verlesen wird, berichtet **Herr Massmann** über den am Morgen stattgefundenen runden Tisch bei der Bremer Stadtreinigung. Herr Krauskopf hat als Teil der Bürgerinitiative an dem Termin teilgenommen. Herr Massmann wurde von der Bürgerinitiative gebeten, den Termin wahrzunehmen. Das Ortsamt und der Beirat wurden von der Bremer Stadtreinigung nicht eingeladen.

Herr Dillmann berichtet darüber, dass er heute von der Bürgermeisterin Dr. Maike Schäfer angerufen worden ist. Das Ansinnen der Bremer Stadtreinigung ist nicht das Ansinnen von Frau Dr. Schäfer. Frau Dr. Schäfer wird die Bürgerinitiative dazu einladen. Am 28.01.2020 wird es eine Anfrage zu der Thematik in der Bürgerschaft geben. eine Reduzierung der Recyclingstandorte wird von der Bürgermeisterin nicht verfolgt. Außerdem wird geprüft, ob der Standort am Weserpark wiedereröffnen kann.

Auch **Herr Rohmeyer** berichtet, dass das Antwortschreiben der Bremer Stadtreinigung und die Aussage von Frau Schäfer nicht zusammenpassen und der Petitionsausschuss am 29.01. oder 30.01.2020 versuchen wird diese Unstimmigkeiten zu klären.

Herr Last informiert darüber, dass aufgepasst werden muss, dass der Nutzungsvertrag nicht gekündigt wird und bittet diese Info an die Bürgermeisterin weiterzugeben.

Herr Schlüter informiert darüber, dass der Dienstweg nicht eingehalten worden ist. Es gibt aus der senatorischen Behörde noch keine Rückmeldung jeglicher Art zu dem Beiratsbeschluss.

- Beschlussantrag zur Schließung der Recyclingstation beim Weserpark (Antwortschreiben der Bremer Stadtreinigung vom 20.1.2020)

Herr Haase (SPD) verliest den gemeinsamen Antrag des Beirates Osterholz.

„Der Beirat Osterholz war außerordentlich befremdet über die abrupt erfolgte Schließung unserer Recyclingstation, die jahrzehntelang **auf erstaunlich kleiner Fläche** (bei bedeutendem Entgegenkommen des Weserparks, u. a. durch die Nutzungserlaubnis für rd. 20 Parkplätze direkt außerhalb des Zaunes!) in den Augen der Kunden/unserer Bevölkerung **hervorragend funktioniert** hat. Das Befremden des Beirates bezieht sich vor allem darauf, dass nach widersprüchlichen und unklaren Informationen der Beirat nicht umfassend früh- und rechtzeitig von den infrage stehenden Überlegungen/Planungen gemäß Beirätegesetz informiert und beteiligt wurde und vor allem mit dem Abbau auf der Station Fakten geschaffen wurden, ohne dass der Versuch (entsprechend den selbstverständlichen (!) Wünschen der Bevölkerung, ihres Beirates und der sofort entstandenen Bürgerinitiative) gemacht wurde, zu einer (mindestens befristeten) Lösung am bisherigen Standort zu kommen, ggfs. auch mit sachlich begründbarer Reduzierung des Angebotes zugunsten eines etwas größeren „Sozial-Containers“..

Das Vorgehen wird von Bürgern als **Affront** bezeichnet, zumal jetzt angesichts unbefriedigender Zustände an z. T. weit entfernten anderen Recyclingstationen es zu einem wahren umweltfeindlichen **„Müll-Tourismus“** mit PKW's durch die Stadt kommt (CO²? Bilanz?), mehr denn je auch illegale Entsorgung zu beobachten sein wird.

Der Beirat erwartet deshalb, rechtzeitig auch bei unserem Stadtteil betreffenden Neu- und Umplanungen beteiligt zu werden, damit **ökologische und ökonomische Vernunft mit Bevölkerungsfreundlichkeit gepaart** werden und örtliches Wissen einfließen kann. (Dass im Gesamtsystem am Ende gespart werden soll, ist auch dem Beirat klar).

Zur Situation am Weserpark gibt es deshalb aus Sicht des Beirates z. Zt. keine, auch für ältere Mitbürger und solche ohne PKW akzeptable Alternative als die umgehende Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der ökonomisch bescheidensten Station Bremen auf dem bewährten Gelände.

Dies fordert der Beirat einstimmig!“

Ps:

1. Die **Öko-Bilanz** der Station beim Weserpark war nicht nur wegen der Wohnortnähe (ein Riesenplus des Abfallwirtschaftskonzepts von 2014 und der der Bevölkerung zugebilligten wohnortnahen Recyclingstationen) positiv, sondern auch dadurch, dass viele Mitbürger Einkäufe im Weserpark mit der Entsorgung verbinden konnten. Ganz abgesehen von den optimalen, kundenfreundlichen Öffnungszeiten, die gleichfalls eine Reduzierung von KFZ-Fahrten zur Station zur Folge hatten, u. a., weil man nicht zu Zeiten von Verkehrsstaus fahren musste...

2. Teuer zu bezahlende Gutachten, die die o. a. Aspekte bei der Bewertung eines neuen Gesamtkonzeptes (nur noch 5 Stationen in der ganzen Stadtgemeinde? Gerüchte....?) nicht berücksichtigen, können unseres Erachtens nicht ausreichende Basis künftiger politischer Entscheidungen werden!!-

Die Recyclingstationen der Zukunft müssen per Lastenfahrrad erreichbar sein!-„

Der Antrag wird einstimmig angenommen (Beschluss **Nr. 19-2020/20**. Legislaturperiode).

- Beschlussantrag „Verlängerung und Verstetigung des Projektes „Fachkräfte für Gesundheit an Schulen in Bremen-Osterholz“

Frau Osterhorn (SPD) erläutert den Antrag des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft, Senioren und Gesundheit des Beirates Osterholz, so dass aus das Vorlesen verzichtet werden kann.

„Der Beirat Osterholz beschließt:

Der Beirat Osterholz wünscht die Verlängerung und Verstetigung des Projektes „Fachkräfte für Gesundheit an Schulen in Bremen-Osterholz“. Darüber hinaus wünscht sich der Beirat Osterholz die Ausdehnung des Angebots für alle weiterführenden Schulen, die Grundschulen und auch die Kindertagesstätten im Stadtteil Osterholz.

Schließlich wünscht der Beirat Osterholz die Ausdehnung und die Anwesenheit der Gesundheitsfachkraft an allen Unterrichtstagen bzw. Wochentage in der Kita sowie Schulen.

Begründung:

Das Modellprojekt „Fachkräfte für Gesundheit an Schulen“ wurde gemeinsam von der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz sowie von den gesetzlichen Krankenkassen im Land Bremen initiiert und u. a. auch an der Grundschule Ellenerbrokweg erfolgreich umgesetzt. Dieses Projekt läuft jedoch Ende des Jahres 2020 aus.

Das Projekt an der Grundschule Ellenerbrokweg ist ein wichtiger Bestandteil der Gesundheitsförderung für Kinder und Familien geworden. Zur Sprache kommen insbesondere Themen wie Ernährung, Bewegung, Übergewicht, Mundgesundheit, Hygiene, Medienkonsum sowie auch die psychische Gesundheit.

Die Zusammenarbeit der Schulen, aber auch der Kitas mit den Eltern sowie den Einrichtungen im Stadtteil ist wirkungsvoll und daher wünschenswert auch für die übrigen Einrichtungen. Es bietet die Möglichkeiten, das Thema Gesundheitsförderung und gesunde Lebensweisen im gesamten Stadtteil voranzubringen und auch die Bürgerinnen und Bürger für diese Thematik besonders zu sensibilisieren.

Gerade der Stadtteil Osterholz hat in weiten Teilen eine geringere Lebenserwartung im Vergleich zu anderen Stadtteilen wie Oberneuland und Schwachhausen. Bei den entsprechenden Schuleingangsuntersuchungen, beispielsweise in Blockdiek, ist festzustellen, dass ein großer Handlungsbedarf besteht. Diese Ergebnisse unterstreichen die Notwendigkeit der Fachkräfte für Prävention und Gesundheitsförderung an allen 25 Kitas des Stadtteiles Osterholz sowie den 12 Schulen. Ein frühzeitiges Vorbeugen gegen Fehlverhalten und Fehlentwicklungen sorgt für eine Verbesserung der gesamten Gesundheitssituation im Stadtteil.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen (Beschluss **Nr. 20-2020/20**. Legislaturperiode).

Zu TOP 7 Mitteilungen des Ortsamtes

Herr Schlüter verweist auf die Emails des Ortsamtes.

Zu TOP 8 Verschiedenes

Unter Verschiedenes wird nichts berichtet/angesprochen.

Bremen, 30. Januar 2020

gez. Ulrich Schlüter
(Sitzungsleitung)

gez. Wolfgang Haase
(Beiratssprecher)

gez. Vanessa Klin
(Protokollantin)